



#dieschmidt

der newsletter

09.10.2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute jährt sich der rechtsextreme und antisemitische Anschlag in Halle zum ersten Mal. Am 09. Oktober 2019 hat ein Rechtsextremist versucht, in eine Synagoge in Halle einzudringen und nach dem Scheitern zwei Menschen auf seiner Flucht erschossen. Wir gedenken heute gemeinsam der Opfer und stehen an der Seite der Angehörigen. Die Anschläge in Halle und in Kassel, wo der Regierungspräsident Walter Lübcke 2019 in seinem Wohnhaus erschossen wurde, oder auch der Anschlag vor der Synagoge in Hamburg vor einer Woche sind Teile einer besorgniserregenden Entwicklung, die nicht nur ein Randphänomen ist, sondern zunehmend auch in der gesellschaftlichen Mitte ankommt. **Wir gehen entschlossen gegen die Zunahme von Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und menschenfeindliches Gedankengut vor.**

Durch die Corona-Pandemie hat sich die Art, wie wir arbeiten verändert. Es hat sich gezeigt, dass mehr geht, als alle vorher gedacht haben. Niemand möchte jeden Morgen im selben Stau stehen – sondern viel lieber die eingesparte Zeit mit der Familie verbringen. Für die Zeit nach der Pandemie können sich zwei Drittel der Beschäftigten mehrere Tage pro Woche im Homeoffice vorstellen. Deshalb ist es gut und richtig, dass Hubertus Heil für ein Recht auf mobile Arbeit vorgeschlagen hat. Uns ist es besonders wichtig, dass wir überall klare gesetzliche Regelungen für Gesundheitsschutz und Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen: im Büro, unterwegs und zu Hause.

Ich habe in dieser Woche gleich zwei Reden im Bundestag gehalten. Wir wollen die Regelsätze in der Grundsicherung an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten anpassen. Deshalb haben wir in erster Lesung über die Erhöhung der Regelsätze beraten und entscheiden damit direkt über die Lebenssituation von 7,2 Millionen Menschen, darunter 1,9 Millionen Kinder. Ziel ist es, die Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen. [\(hier geht es zu meiner Rede\)](#) Mit der Ratifizierung der europäischen Sozialcharta leisten wir unseren Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik. Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass starke Sozialstaaten der Grundstein für Sicherheit, Wohlstand und eine gesunde Wirtschaft sind. [\(Hier geht es zu meiner Rede\)](#)

Die Corona-Infektionszahlen steigen im Moment wieder verstärkt an. Gerade jetzt in den Herbstferien ist es wichtig, dass wir alle Rücksicht aufeinander nehmen und Abstand halten. Auch wenn es derzeit zunehmend milde Verläufe der Infektionen gibt, sind wir alle in der Verantwortung vor allem die schwächeren, ältere oder Menschen mit Vorerkrankungen besonders zu schützen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Europäische Sozialcharta ratifiziert



Schon 1961 ergänzte der Europarat mit der europäischen Sozialcharta die europäische Menschenrechtskonvention um Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. [\(Hier geht es zu meiner Rede\)](#) Zwei Ziele werden mit der Sozialcharte verfolgt: Als erstes steht die Sicherung von sozialen und wirtschaftlichen Rechten, wie beispielsweise das Recht auf Arbeit, Gesundheitsschutz oder das Recht der Menschen mit Behinderung, auf Eigenständigkeit, soziale Eingliederung und Teilhabe am Leben der Gemeinschaft. Darüber hinaus fördert die europäische Sozialcharta die Entwicklung einer einheitlichen Sozialpolitik, auch über die EU hinaus. 1996 wurde sie an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Der Abstimmungsprozess innerhalb der Großen Koalition hat länger gedauert – aus unserer Sicht zu lange – jetzt haben wir es endlich geschafft, die Ratifizierung der Sozialcharta zu beschließen. [\(weiterlesen...\)](#)

Für einen sozialen Klimaschutz



Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet uns dazu, alles dafür zu tun, die globale Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten. Mit der Einführung der CO₂-Bepreisung werden wir unserem Anspruch gerecht und setzen einen weiteren wichtigen Meilenstein des Klimapakets um. Dadurch werden Emissionen verteuert, gleichzeitig aber auch Anreize für einen Umstieg auf klimafreundliche Alternativen geschaffen. Ab dem 01. Januar wird die Tonne CO₂ 25 statt 10 Euro kosten und bis 2025 auf 55 Euro ansteigen. Die CO₂-Bepreisung ist gleichzeitig an die schrittweise Reduzierung der EEG-Umlage geknüpft. [\(weiterlesen...\)](#)

Für Existenzsicherung und Teilhabe



Alle diejenigen, die, aus welchem Grund auch immer, gerade nicht selber für ihre Existenzsicherung sorgen können – und das passiert nicht nur in Zeiten der Pandemie manchmal schnell und meist unverschuldet – die können sich in Deutschland auf eine Grundsicherung verlassen. [\(hier geht es zu meiner Rede\)](#) Hierzu haben wir in dieser Woche die Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung in erster Lesung beraten. Alle fünf Jahre werden die Regelsätze an die tatsächlichen aktuellen Lebenshaltungskosten angepasst. Wir wollen Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe vor allem für diejenigen, die nichts an ihrer Situation ändern können. Das betrifft in besonderer Weise die Kinder in unserer Gesellschaft. [\(weiterlesen...\)](#)

Für einen besseren Verbraucherschutz



Wir haben in dieser Woche den Verbraucherschutz gestärkt. Wir entwickeln den Pfändungsschutz weiter, indem wir zum ersten Mal Vorschriften für die Pfändung von gemeinsamen Zahlungskonten und den Kontenwechsel schaffen. Wer in eine finanzielle Notlage rutscht, braucht auch die Perspektive, um sich eigenverantwortlich aus der Lage befreien zu können. Deshalb haben alle Schuldnerinnen und Schuldner das Recht auf ein sogenanntes Pfändungsschutzkonto, das einen pfändungsfreien Betrag garantiert, damit sie weiterhin Geld für das tägliche Leben haben. In Zukunft kann die Übertragung des nicht verbrauchten pfändungsfreien Guthabens von bisher einem Monat auf bis zu drei Monate ausgeweitet werden.

Demokratie konkret



Warum ist es nicht egal, ob Nachrichten von der ARD oder RussiaToday kommen? Der Öffentlich-rechtliche-Rundfunk berichtet unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen über aktuelle Themen. Was berichtet wird, entscheidet eine Redaktion – ebenso über die Gewichtung und die Fragestellung in den Themen. Im Gegensatz dazu verfolgen andere Plattformen, wie beispielsweise RussiaToday den klaren Auftrag ihrer Finanzierungsquelle. In diesem Fall ist es die russische Regierung, die gezielt versucht über die Plattform Einfluss zu nehmen und Stimmung gegenüber, beispielsweise der Bundesregierung, zu machen. Medien, die frei, transparent und unabhängig berichten, sind wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Demokratie und tragen dazu bei, dass alle die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und sich selbst ein Bild zu machen.